

## Aktuelle Nachrichten

Badische Zeitung vom 28. Januar 2002

### „Vorauselender Gehorsam“

Gut besuchte Diskussionsveranstaltung zu Ursachen und Folgen des Radikalenerlasses

**Jubiläen dienen entweder dem Jubeln oder dem Mahnen. Dreißig Jahre „Berufsverbote durch Radikalenerlass“ sind kein Grund zum Jubeln. Vielmehr geben sie jede Menge Stoff zum Mahnen für Gegenwart und Zukunft her, wie ein auf großes Publikumsinteresse stoßender „Info-Talk“ beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Südbaden zeigte.**

So wie der Radikalenerlass umgesetzt wurde, war er möglicherweise gar nicht beabsichtigt. Als die Ministerpräsidenten unter Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt ihn 1972 in die Welt setzten, wollten sie ein „einheitliches Verfahren finden, Radikale aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten“. Wofür nach Ansicht von Ansgar Fürst, ehemaliger Chefredakteur der Badischen Zeitung, Beamten- und Grundgesetz eigentlich ausgereicht hätten. Doch die Zeiten waren angespannt, Brandt wegen seiner Ostpolitik in den Ruch des „Vaterlandsverrätters“ geraten. Das vergiftete Klima der frühen siebziger Jahre setzte die Sozialdemokraten unter Legitimationsdruck. Nicht nur von außen, wie SPD-Fraktionsvize Gernot Erler sich erinnert.

In der Partei selbst wuchs die Angst vor einer „linken radikalen Kraft“ und ihrem von Rudi Dutschke angekündigten „Marsch durch die Institutionen“. Er sollte via Radikalenerlass mit allen Mitteln gestoppt werden. Dessen „Pferdefuß“ lag laut Fürst in der Formulierung von den „verfassungsfeindlichen Aktivitäten“. Der Begriff produzierte offensichtlich ein System der allgemeinen Gesinnungsschnüffelei, wo doch nur beweisbare strafbare Handlungen im Einzelfall als Bewertungsmaßstab getaugt hätten. Von einer Regelanfrage an den Verfassungsschutz habe im übrigen im Erlass nichts gestanden.

In vorauselendem Gehorsam und in bester deutscher Untertanenmanier, so ein Fazit des Gesprächs, haben sich die Bürokraten des Erlasses bemächtigt. Reihenweise wurden Berufsbiografien zerstört. Zum Beispiel die des berühmten Freiburger Postboten und bekennenden DKP-Mitglieds Werner Siebler. „Wenig Mut“ bescheinigt er dem Postpräsidenten, der seinerzeit seine Entlassungsurkunde unterschrieb: „Alle haben sich für die Anhörungen entschuldigt. Niemand hat das mit Überzeugung gemacht.“

Dem Irrsinn verweigert hat sich aber kaum jemand. Dabei hat es, ist Wolfgang Roth, Zeitzeuge und Professor an der Freiburger Pädagogischen Hochschule, überzeugt, durchaus Spielräume dafür gegeben: „Wenn viele Zivilcourage gezeigt hätten, wäre das nicht so gelaufen.“ Gernot Erler sieht das anders: Ohne öffentlichen Widerstand habe es keine „Rechtsentwicklung“ geben können. Dennoch wurde die Politik die Geister, die sie rief, lange nicht mehr los. Erst vor zwei Jahren wurde der Radikalenerlass in Baden-Württemberg außer Kraft gesetzt. Und schon ist die Politik, so die Mahnung vieler, im gegenwärtigen Klima öffentlicher Aufgeregtheit wieder dabei, mit Innenminister Otto Schilys jüngstem Sicherheitspaket neue Geister zu rufen. Wo doch die alten noch gar nicht verjagt sind: Der südbadische DGB-Vorsitzende Jürgen Höfflin erinnert daran, dass die Opfer des Radikalenerlasses bis heute nicht rehabilitiert seien. Gernot Erler versprach, über eine „geeignete Geste“ gegenüber den Opfern nachzudenken. arü

<http://www.badische-zeitung.de/1012349408325>